

## 2010: Ein Schlüsseljahr für unser Land!



06.01.2010 | Christian Levrat, Nationalrat FR, Präsident der SP Schweiz

Nur wenige werden 2009 nachtrauern. Das Jahr war geprägt von der schlimmsten Krise der globalisierten Wirtschaft, das Finanzsystem konnte nur dank massiven Staatseingriffen gerettet werden, die Arbeitslosigkeit explodierte förmlich und nimmt in der Schweiz weiter stark zu.

Die wirtschaftlichen Probleme treffen unsere Landsleute mit voller Wucht. Der Schock ist umso heftiger, als unsere Behörden überfordert und ratlos scheinen. Sie haben es verpasst, die Hilfe für die Schweizer Grossbanken an minimale Bedingungen zu knüpfen. Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit wurden nur widerwillig und verspätet als Antwort auf die Forderungen der Linken, Erwartungen der Bevölkerung und den Druck des Auslands ergriffen.

Der Druck aus dem Ausland war 2009 wohl grösser als in den gesamten 50 Jahren zuvor. Einziger Grund war die starre Interpretation des Bankgeheimnisses mit den Banken als offensichtliche Gehilfen der Betrüger und Schummler auf der ganzen Welt. Die Schweiz sieht sich gerne als Vorreiterin der Menschenrechte und der internationalen Vermittlung. Unseren Banken ist es – mit Hilfe der Rechtsparteien und wegen der Apathie des Bundesrats – gelungen, aus der Schweiz jemanden zu machen, der sich krampfhaft an etwas krallt und jedes Mal in Panik gerät, wenn ihm ein Fremder zu nahe kommt.

Zur Wirtschaftskrise und den Irrungen der Institutionen gesellt sich eine Krise der Werte. Unser Land ist bekannt und respektiert für seine Multikulturalität, für die Fähigkeit, mehrere Sprachen und Religionen nebeneinander leben zu lassen. Darauf sind wir zu Recht stolz. Aber wie lässt es sich dann erklären, dass eine Mehrheit den Bau von Minaretten verbietet, um eine Religion – den Islam – zu diskriminieren? Das Votum ist – mehr als ein Misstrauensvotum gegen die Moslems – ein Zeichen für die Ratlosigkeit eines Teils der Bevölkerung, für die Identitätssuche, ein Zeichen fehlenden Vertrauens in unser politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System.

### **Die SP: einzige Garantin für einen kohärenten Schutz der Bevölkerungsmehrheit**

Das vergangene Jahr hat die Macht organisierter Interessen gezeigt: Der Staat musste eingreifen, um die Banken zu retten ohne irgendwelche Auflagen, mit freundlicher Unterstützung der Parteien, die weitgehend von Banken subventioniert werden. Die Bauern protestierten und erreichten wesentliche Budgetverbesserungen, um die Krise zu bekämpfen. Dies, ohne sich verpflichten zu müssen, dass auch ihre Angestellten profitieren, denn sie weigern sich nach wie vor, Mindestlöhne einzuführen.

Die sozialdemokratische Partei hat als einzige Kraft den Kampf für eine Neuorientierung der offiziellen Politik aufgenommen, hie und da unterstützt von den Grünen. Die SP hat sich zum Sprachrohr einer Mehrheit von Schweizerinnen und Schweizern gegenüber den Verteidigern einzelner Interessen gemacht. Mit einem gewissen Erfolg, auch wenn dieser noch lange nicht genügt. Bei den heutigen politischen Stärkenverhältnissen muss man jedoch einige Fortschritte herausstreichen. Zwei der wichtigsten Erfolge seien hier erwähnt: Die Kehrtwende des Wirtschaftsdepartements hin zu einer aktiven Wirtschaftspolitik, und die Lockerung der Finanzierungsregeln für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien.

Nachdem sie zuerst nichts von einer Wirtschaftskrise wissen wollte, konnte Doris Leuthard schliesslich das Offensichtliche nicht mehr leugnen und traf Massnahmen, um die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Drei Programme zur Ankurbelung der Konjunktur wurden verabschiedet. Damit sollen zum Beispiel bereits geplante Investitionen früher getätigt oder arbeitslose Jugendliche besser begleitet werden.

Diese Konjunkturprogramme müssen unter zwei Aspekten analysiert werden. Zuerst der positive: Nach Jahren des Ultraliberalismus markieren sie die Rückkehr zu einer neokeynesianischen Politik: Ein wichtiger Erfolg der Linken im Kampf der Ideen und ein ideologisches Debakel für die Verfechter eines hemmungslosen Liberalismus, von denen es im Seco eine Mehrheit gibt. Dann der vorsichtige Aspekt: Die getroffenen Massnahmen kommen zu spät und haben nicht die nötige Tragweite: Weder um die Beschäftigung reell zu verbessern, noch um die Gelegenheiten zu nutzen, die solche Zeiten

erhöhter Arbeitslosigkeit für die Berufsbildung und Weiterbildung bieten würden, und auch nicht, um unsere Wirtschaft in Richtung zukunftsträchtige Branchen umzulenken.

2010 wird sich die SP dafür einsetzen, da

- kein Arbeitsloser in die Sozialhilfe abgeschoben wird: die Arbeitslosenentschädigung soll in allen Kantonen auf 520 Tage erhöht werden.
- kein unter 30-jähriger Arbeitsloser perspektivenlos und allein gelassen wird: eine Bildungsoffensive soll sich um alle Jugendlichen kümmern, um die Zeit der Arbeitslosigkeit optimal zu nutzen.
- sich die Schweizer Industrie noch stärker in die Zukunftsindustrien einbringt, insbesondere im Energiebereich: Der Staat soll alle möglichen Anreize zur Entfaltung dieser neuen Industriepolitik liefern. Wir können bis zu Hunderttausend neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien schaffen.

Während der Bundesrat und die Bürgerlichen nichts von Energiepolitik hören wollten, konnte die SP eine Mehrheit im Parlament davon überzeugen, die Heizölabgaben zu erhöhen und diese CO<sub>2</sub>-Abgabe schwerpunktmässig zu Gunsten erneuerbarer Energien und Energieeffizienz zu investieren. Die erreichten Fortschritte sind bedeutsam und nützen der ganzen Bevölkerung. Auch hier versuchten die Vertreter von Einzelinteressen alles, um diese Pläne zu Fall zu bringen. Dies führte zu Verzögerungen, doch letztlich brachte die SP mit Unterstützung des Uvek die verbesserte Gesetzgebung durch.

Pikant ist, dass jene, die nichts auslassen, um jede positive Entwicklung unserer Energiepolitik zu verhindern, nun lauthals ihre Enttäuschung über den Misserfolg in Kopenhagen kundtun. Doch gerade die gescheiterten internationalen Verhandlungen müssen für uns der Antrieb sein, umgehend die dringenden internen Massnahmen zu ergreifen. Und damit das allgemeine Wohl über den Profit von ein paar wenigen zu stellen.

2010 wird sich die SP dafür einsetzen, dass:

- die Schweiz ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2020 um 30% reduziert. Wir haben zusammen mit einer breiten Allianz die Klimainitiative eingereicht. Der Bundesrat hat einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet, der bald im Parlament beraten wird.
- eine auf erneuerbare Energien ausgerichtete Energiepolitik betrieben wird. Das bedingt eine gezielte, staatlich unterstützte Industriestrategie. Im Februar lancieren wir darum die Volksinitiative «Neue Arbeitsplätze dank erneuerbarer Energien»

### **Ein wirksames und faires Sozialsystem garantieren: ein Ziel für 2010**

Dieses Jahr wird von der politischen Konfrontation rund um soziale Fragen geprägt sein. Einerseits, weil die Rechte entschlossen scheint, ihre parlamentarischen Mehrheiten zu nutzen, um die Interessen jener die sie finanzieren, vor die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler zu stellen. Was uns zwingen wird, mehrere Referenden zu ergreifen. Auf der anderen Seite und weil die SP sich nicht mit defensiven Gefechten begnügen darf, muss sie unser Sozialsystem neu definieren, dessen Effizienz stärken und dafür sorgen, dass dieses der Mehrheit – und nicht einer privilegierten Minderheit – ein besseres Leben ermöglicht.

Der erste Referendumskampf findet am 7. März um die BVG-Revision statt. Wir sind dort bereits voll engagiert. Die Senkung des Umwandlungssatzes wird von den Bürgerlichen technokratisch begründet: mit einer Korrektur der erhofften Renditen und einer höheren Lebenserwartung der Versicherten. Doch diese Argumentation kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vor allem darum geht, die zukünftigen Gewinne der Versicherungsgesellschaften zu garantieren und ihnen zu ermöglichen, ihre Kader, Manager und Aktionäre weiter zu hätscheln und dies einzig zu Lasten der Versicherten und ihrer Renten. Dieser Rentenabbau ist unfair. Er gefährdet den Lebensstandard der Pensionierten ohne versicherungstechnische Notwendigkeit. Wir werden deshalb für ein Nein am 7. März kämpfen.

Für 2010 zeichnen sich weitere Referenden ab, insbesondere jenes gegen die laufende Revision der Arbeitslosenversicherung. Wie ist zu begründen, dass mitten in der Wirtschaftskrise die Versicherungsleistungen drastisch abgebaut werden? Wie ist zu verstehen, dass man den Jungen Entschädigungen streicht und ihre Rechte auf andere Leistungen beschneidet? Und dies ausgerechnet in einer Zeit in der die Jugendarbeitslosigkeit förmlich explodiert. Wie ist zu ertragen, dass mit älteren Arbeitslosen härter umgegangen wird, während es doch nötig wäre, alles zu unternehmen, um ihnen – trotz Krise – einen würdigen Platz in der Arbeitswelt zu sichern? Diese Revision ist ein Irrtum, der mit letzter Entschlossenheit zu bekämpfen ist.

Und auch wenn uns 2010 sicher weitere Beispiele von Aushöhlungen funktionierender Systeme (von der AHV bis zum UVG) beschäftigen werden, wollen wir die Richtung beibehalten, die wir mit unserem Slogan «Ja» eingeschlagen haben und unsere Rolle als treibende Kraft ebenso wahrnehmen wie unsere Verantwortung: Wir wollen ein konkretes politisches Programm vorlegen, das einzig dem allgemeinen Wohl dient.

1. In diesem Sinn freuen wir uns auf die Diskussion rund um unsere Steuergerechtigkeits-Initiative. Es geht darum, den Missbrauch des Steuerwettbewerbs zu stoppen. Zu verhindern, dass die Kantone einen Wettkampf um reiche Steuerzahler anzetteln. Und klar zu sagen, wie wichtig es ist, die Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz zu verteidigen, und nicht die Privilegien der Reichsten.
2. Wir sammeln auch 2010 weiter Unterschriften für die gemeinsam mit den Gewerkschaften lancierte Initiative für eine starke Post. Wir wollen den Service public ausbauen, seine Finanzierung mit der Erhaltung des heutigen Monopols garantieren. Wir wollen der Post ermöglichen, Postfinance in eine Postbank umzuwandeln und so einen erleichterten Kreditzugang für die 300'000 KMU unseres Landes garantieren.
3. Wir werden im Februar unsere Initiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbarer Energien“ lancieren. Für die Schweiz ist die Zeit gekommen, eine neue Industriepolitik zu definieren. Wir wollen durch eine Verdreifachung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energiemix bis zu Hunderttausend neue Arbeitsplätze schaffen.
4. Zusammen mit den Gewerkschaften arbeiten wir an einer Initiative für gesetzlich festgelegte Minimallöhne bei fehlenden GAV. Die kürzlich präsentierte Caritas-Studie, die von 700'000 bis 900'000 Personen unter der Armutsgrenze spricht, lässt uns diesen Weg nur noch entschlossener beschreiten.
5. Wir sind daran, eine breite Allianz im Gesundheitswesen zu bilden, um die Frage der Organisation der Krankenkassen wieder aufzunehmen. Eine Initiative für eine nationale Gesundheitskasse nach dem Modell der AHV ist in Vorbereitung und könnte ebenfalls bereits im Lauf dieses Jahres lanciert werden.

### **Die SP: Freiheit für alle statt Privilegien für ein paar wenige**

Handelt es sich um politischen Aktivismus 18 Monate vor den eidgenössischen Wahlen? Die Frage ist berechtigt und verdient eine kurze Betrachtung. Unsere Antwort ist jedoch klar: Nein. In erster Linie ist die intensive Aktivität 2010 Ausdruck des Kämpferwillens und der Entschlossenheit unserer Mitglieder, den Kontakt zum Volk zu suchen. Daneben zeigt sie die Notwendigkeit einer echten sozialen Umgestaltung rund um einige grundlegende Achsen:

1. Arbeit
2. Soziale Gerechtigkeit
3. Gesundheit

Das ist eine eindeutige politische Absichtserklärung: Wir wollen uns auf die sozialen und wirtschaftlichen Sorgen der Menschen konzentrieren, Antworten auf ihre Alltagsprobleme finden, ihnen Perspektiven aufzeigen. Während uns die Medien seit Wochen mit Beiträgen über Freizügigkeit, Migrationspolitik und öffentliche Sicherheit eindecken, machen die jüngsten Umfragen klar, dass die Hauptsorgen der Schweizerinnen und Schweizer anderswo liegen: Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, die Reform unserer Sozialversicherungen. Besser könnte man nicht zeigen, wie die politischen Pläne der SP den Bedürfnissen und Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler entsprechen.

Schon immer waren die sozialdemokratischen Kräfte Antreiber der Emanzipation: für die Arbeiter, die Frauen, die kulturellen Minderheiten. Von der Einführung des Wahlrechts über die Proporzwahl bis zur

Schaffung des Sozialstaats, von der Einführung des Frauenstimmrechts bis zur kulturellen und sittlichen Befreiung haben wir stets die Emanzipation vorangetrieben. Das Versprechen einer Zukunft, in der jede und jeder die Entscheide frei treffen kann, die sie oder ihn und die eigene Familie betreffen. Unsere Kämpfe haben zudem die jüngste Schweizer Geschichte tief greifend geprägt und wir dürfen mit Recht stolz darauf sein.

Unserer Ansicht nach herrscht die grösste politische Spannung nicht mehr zwischen den Verfechtern der Freiheit und den Kämpfern für Gleichheit. Die wahre Debatte und – zweifellos eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Wahlen wird die Frage sein: Freiheit für ein paar wenige, Freiheit für einige Privilegierte oder echte Emanzipation für alle? Indem sich die SP in der Arbeitswelt, für Bildung, Umwelt, Gesundheit und gleiche Rechte einsetzt, kämpft sie dafür, dass alle die Mittel erhalten, ihre Freiheit unter bestmöglichen Bedingungen wahrzunehmen. Die Überarbeitung unseres Parteiprogramms wird sich 2010 ganz besonders an dieser Sichtweise orientieren.